



Mainz, den 29.11.2011

9000 Unterschriften sprechen eine deutliche Sprache !!!

...Bevölkerung und Kommunen wehren sich massiv gegen die geplante Schließung der Bepo - Liegenschaft in Schifferstadt

9.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich bisher mit ihrer Unterschrift gegen eine Schließung dieser Polizeidienststelle beteiligt. Damit wird spürbar und sehr eindrucksvoll die Minderung des Sicherheitsgefühls vor Ort zum Ausdruck gebracht. „Unglaublich - was wir in der Kürze der Zeit bewegt haben...“, sagt der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Schifferstadt, **Alfried Cuidon**. „An unserer Unterschriftenaktion für den Erhalt der Liegenschaft haben sich auch zahlreiche Politiker aus allen Parteien beteiligt, so z.B. Julia Glöckner – CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Rheinland-Pfalz, Fredericke Ebli, SPD - Mitglied des Landtages in Rheinland-Pfalz und auch beispielsweise der Ministerpräsident a.D. Professor Dr. Bernhard Vogel“.

Was ist bisher passiert?

Die GdP hat schriftlich Herrn Minister Lewentz aufgefordert seine Entscheidung zur Schließung der BP-Liegenschaft zurück zu nehmen. An einer offenen GdP-Mitgliederversammlung nahmen zahlreiche Vertreter aus Politik, der Schifferstadter Bürgerschaft und den Standortbeschäftigten teil. Bei Infoveranstaltungen in Schifferstadt, Limburgerhof und Mutterstadt wurden die Negativauswirkungen, die eine Standortschließung mit sich bringen, aufgezeigt. Bei der Amtseinführung der neuen Bürgermeisterin der Stadt Schifferstadt, Ilona Volk (Bündnis 90/Die Grünen) konnte die GdP ihren Protest artikulieren und auch weitere Unterschriften sammeln. Eine Mahnwache mit Unterschriftenaktion wurde in Limburgerhof organisiert.

Dr. Axel Wilke, MdL von der CDU hat mit verschiedenen Anfragen an die Landesregierung die Sparmaßnahme der Auflösung des Standortes in Frage gestellt. Der Hauptausschuss der Stadt Schifferstadt hat in einer öffentlichen Sitzung eine von allen Fraktionen getragene gemeinsame Resolution zum Erhalt der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt beschlossen.

Am Mittwoch, 30. November besucht Frau Staatssekretärin Raab gemeinsam mit Herrn Abteilungsleiter „Polizei“ im ISIM, Laux, die 13. Hundertschaft im Standort Schifferstadt und möchte ein Gespräch mit allen Beschäftigten des Standortes, der Dienststellenleitung und Vertretern der Personalräte und Gewerkschaften führen.

Für Donnerstag, 01. Dezember hat der Landrat des Rhein-Pfalz-Kreises, Clemens Körner / CDU, die Landräte und Gemeinde-, Verbandsgemeinde und Stadtbürgermeister zu einem Informationsbesuch in die Liegenschaft der Bereitschaftspolizei nach Schifferstadt eingeladen.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen, Dr. Eva Lohse, konnte in einem persönlichen Gespräch durch GdP-Vertreter aus den Bezirksgruppen Bepo und Rheinpfalz von den Negativauswirkungen der Standortschließung überzeugt werden. Bisher hatte sie nur aus den Medien über diese Entscheidung des Innenministers Kenntnisse erhalten. Am Freitag, 02. Dezember von 13.00 – 16.00 h, wird die GdP in der Fußgängerzone in Ludwigshafen am Rathauscenter mit einem Infostand weiter für den Erhalt der Liegenschaft kämpfen.

Helmut Knerr, GdP-Vize im Landesvorstand, sieht in der großen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Unterschriftenaktion für den Erhalt der Liegenschaft und aus den Reaktionen der Politik ein deutliches Zeichen! „Gerade die Bevölkerung erwartet zur Stärkung des Sicherheitsgefühls, dass die Landesregierung diese Reaktionen in ihre Entscheidungsfindung einfließen lässt. - Mehr Bürgerbeteiligung hat sich die rot-grüne Landesregierung auf ihre Fahnen geschrieben. Dies gilt es jetzt mit einer Rücknahme der Entscheidung zu beweisen!“.

Knerr weiter: „Bei den Veranstaltungen der GdP haben nicht die persönlichen Schicksale der Beschäftigten die Bevölkerung und Politiker überzeugt. Vielmehr waren es die von uns dargestellten Sachargumente. Die Schließung wird sich negativ auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Metropolregion Rhein-Neckar auswirken. Steigende Kosten im Mobilitätsbereich werden ein Weiteres dazu beitragen, die gewollte Unterstützung der Polizeidienststellen vor Ort durch die Bereitschaftspolizei zu reduzieren“.

Fakt ist:

Mit durchschnittlich mehr als 362 Einwohnern je qkm hat das zuständige PP Rheinpfalz die höchste Bevölkerungsdichte in Rheinland-Pfalz und hat zukünftig als einziges Präsidium in seinem Zuständigkeitsbereich keine Direktversorgung im Unterstützungsfall durch eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei. Vom Grund her erfolgt ein Einsatz künftig immer zeitversetzt. Für die GdP ist dies keine Optimierung!

V.i.S.d.P.: Markus Stöhr, GdP RP, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz
Tel.: 06131 – 960090 +++ www.gdp-rp.de